

Horst Seehofer, ein zuverlässiger Freund fleißiger Handwerker

Seitdem Horst Seehofer als Bundesgesundheitsminister 1998 dem Zahntechnikerhandwerk seine Freiheit zurück gab, gilt er als „Schutzpatron“ deutscher Zahntechniker. Schon nach wenigen Monaten hatte sich ab Anfang 1998 der Markt zur Zufriedenheit aller Beteiligten normalisiert.

Die im Herbst 1998 neu gewählte Rot/Grüne Bundesregierung machte alles wieder rückgängig, was Horst Seehofer und der FVZL so konstruktiv aufgebaut hatten.

Damit nahm das Elend der deutschen Zahntechniker seinen Lauf.

Was blieb, war ein regelmäßiger Meinungsaustausch zwischen dem FVZL-Bundesvorsitzenden und dem CSU-Parteivorsitzenden, geprägt von den Bemühungen, dem Zahntechnikerhandwerk seine unternehmerische Freiheit zurückzugeben.

2013 Zitat aus dem letzten Schreiben von Horst Seehofer an Herbert Stolle: „Das Credo Ihres Verbandes und seines Bundesvorsitzenden sind Freiheit, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Diesem Credo fühlt sich die



Christlich Soziale Union in Bayern seit jeher verpflichtet. Deshalb habe ich Ihnen auch persönlich meine Unterstützung zugesagt.“

Bestätigung finden die Worte von Horst Seehofer in dem Grundsatzprogramm der CSU: „Wir wollen jeden in der Erfaltung seiner Fähigkeiten unterstützen. Wir fördern und fordern Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Das ist ein Gebot der Humanität. Wir schaffen Freiräume und setzen Leistungsanreize. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Wir fördern Leistung. Leistung muss sich lohnen. Das ist ein Gebot der Vernunft.“

Österreich: Meisterliche Doktorspiele

Mit großer Genugtuung verkündete Zahntechnikermeister Richard Koffu, Bundesinnungsmeister der Österreichischen Zahntechniker, das positive Ende eines jahrelangen Kampfes. Per Gesetz ist es nunmehr den Zahntechnikermeistern in Österreich erlaubt, Patienten prothetisch zu versorgen und diese Leistungen selbständig abzurechnen. Allerdings mit der Einschränkung, dass diese Vorgänge innerhalb der Ordination einer Zahnarztpraxis ablaufen müssen.

Inzwischen stellen auch Funktionäre deutscher Zahntechnikerinnungen die Frage, ob es nicht an der Zeit wäre, dass Zahntechniker in Deutschland

für ihre längst zur Gewohnheit gewordenen Tätigkeiten am Patienten – die bisher als Service für den Zahnarzt-kunden galten – eigene Abrechnungspositionen erhalten müssten.

Der FVZL beobachtet diese Diskussion mit ambivalenter Zurückhaltung. Ist das „Modell Österreich“ auch auf die Zahntechnik in Deutschland übertragbar? „Der Sturmvogel“ wird diese Frage zum Kernthema seiner Ausgabe Nr. 2 machen. Die Redaktion gibt jedem, der sich berufen fühlt, gerne die Möglichkeit, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.

Der Redaktionsschluss der Oktoberausgabe ist der 14. September 2013.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Ihnen allen ein herzliches Willkommen zur ersten Ausgabe von „Der Sturmvogel“. Der Name soll Programm werden, das Synonym für Mut und Selbstbehauptung, auch bei stürmischer Wetterlage.

Unser Stil wird sein: Klein aber fein, ehrlich und kämpferisch, kurz und bündig.

Mein Dank gilt allen Kollegen, die unserer Idee einer verbandseigenen Zeitschrift so konstruktiv gefolgt sind. Mein Dank gilt den Autoren unserer ersten Ausgabe, die spontan und in herzlicher Verbundenheit ihre auf den Punkt gebrachten Kurztex-te abgaben. Mein besonderer Dank gilt dem Inserenten dieser Ausgabe, mit dessen Unterstützung das Unternehmen „Sturm-vogel“ überhaupt erst möglich wurde.

Auf der Suche nach Klarheit und Wahrheit geht es uns nicht nur um unsere Kernforderung nach „Raus aus dem SGB V“. Grundsätzlich kämpfen wir damit auch um unsere im Grundgesetz verankerten Rechte für die Freiheit und Eigenverantwortung des mündigen Bürgers. Es wäre großartig, wenn uns die Leserinnen und Leser auf diesem Weg begleiten würden!

Mit herzlichen Grüßen von der Nordseeküste bleibe ich

Herbert Stolle



ZTM. Herbert Stolle, Chefredakteur



**Grüße aus Berlin, von Dr. Peter Engel,
Präsident der Bundeszahnärztekammer**

Bürgerversicherung:



Eigens für die Nr. 1 von „Der Sturm-vogel“ schrieb uns der Präsident der Bundeszahnärztekammer einen ausführlichen Artikel über die von Rot-Grün beabsichtigte Einführung einer Bürgerversicherung. Getreu unserem Motto „kurz und bündig“ geben wir die wichtigsten Passagen dieses bemerkenswerten Plädoyers für Therapiefreiheit und gegen Planwirtschaft wieder.

„Eine Zusammenlegung der privaten mit der gesetzlichen Krankenversicherung würde den Wettbewerb zwischen den Kostenträgern unterbinden. In einer derartigen Einheitsmedizin setzt der Staat den politischen Rahmen für das Gesundheitssystem. Dadurch erhält er massiven Einfluss auf die Versorgungsstruktur.“

In der Zahnmedizin, aber auch über alle Ebenen der Versorgung hinaus, gäbe es eine strikte Mengen-, Bedarfs- und Preisplanung. Per Planwirtschaft wäre die Therapiefreiheit des (Zahn-)Arztes gefährdet, die anerkannten Wahlmöglichkeiten in der zahnmedizinischen Versorgung des Patienten eingeschränkt.

Insgesamt würde die Bürgerversicherung zu finanziellen Einbrüchen in der gesamten Dentalbranche führen.

Im Ergebnis ist davon auszugehen, dass die Zahnarztpraxen mit Mindereinnahmen von rund drei Milliarden Euro rechnen könnten.

Auch im Bereich der Zahntechnik – vergleichbar mit den Auswirkungen beim Wegfall der GOZ – sind herbe Einschnitte zu erwarten, z.B. durch den Wegfall der BEB Zahntechnik.

Da die Bürgerversicherung negative Effekte auf die gesamte Versorgungsstruktur hat, weil sie für viele Beschäftigte in der Dentalbranche eine Bedrohung ihrer Existenz darstellt, lehnt die Bundeszahnärztekammer die Reform strikt ab.“



Dr. Peter Engel

FDP: Es gilt das gebrochene Wort

Das größte Problem der FDP besteht darin, dass sie ihre Taten nach der Wahl nicht mit dem Inhalt ihres so verheißungsvollen Grundsatzprogrammes in Übereinstimmung bringen kann. Besonders deutlich wird diese Diskrepanz in der Gesundheitspolitik – mit fatalen Folgen für den Fortbestand der FDP.

Unter Gesundheitsminister Philipp Rösler (arrogant und inkompetent) schrumpfte das Wahlergebnis von über 14 Prozent in den Umfragen innerhalb nur weniger Monate auf unter 5 Prozent.

Sein Amtsnachfolger Daniel Bahr verpasste die Chance der Wiedergutmachung. Vollmundig und per Handschlag besiegelt, versprach er z.B. dem FVZL-Bundesvorsitzenden Her-

bert Stolle, sich für die Freiheit, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung des deutschen Zahntechnikerhandwerks einzusetzen.

Eine schriftliche Bestätigung dieser Zusage wurde von Daniel Bahr verweigert.

Sollte die FDP so weiter machen, wird sie bei der nächsten Bundestagswahl die 5-Prozent-Hürde verpassen und damit die Fortsetzung der erfolgreichen Politik von Angela Merkel und Horst Seehofer gefährden.

Bleibt die Hoffnung, dass es der FDP gelingen möge, ihr Personal seriös und qualifiziert aufzupolstern, damit ihre Zukunft nicht durch das unberechenbare Treiben von Karrierebubis à la Rösler und Bahr ruiniert wird.

Linke Seilschaften

Im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung wurde der Gewerkschaft IG-Metall die Aufgabe zugeteilt, sich der Interessen der im Zahntechnikerhandwerk beschäftigten Arbeitnehmer anzunehmen.

Geschehen ist nichts!

Daran erinnerte der FVZL-Bundesvorstand den Chef der IG-Metall, Berthold Huber, und verband eine Lösung des Problems mit der FVZL-Forderung nach „Raus aus dem SGB V“.

In einem Schreiben an den FVZL-Bundesvorsitzenden Herbert Stolle konnte IG-Metall-Chef Huber aus Arbeitnehmersicht dieser Forderung nicht zustimmen. Begründung: Im Einvernehmen mit Vertretern der Handwerkskammern und der Zahntechnikerinnungen wurde ein Anstieg der Preise für Zahnersatz unterstellt. Der Anteil, der von den gesetzlich Versicherten privat zu bezahlen sei, sollte nicht noch ausgeweitet werden.

Zur Erinnerung für unsere Leserinnen und Leser:

Die Untersuchungsergebnisse des FVZL haben bereits mehrfach bestätigt: Unter der Knute staatlicher Reglementierung sind im Zahntechnikerhandwerk die Löhne um über 30 Prozent geschrumpft, die Zwangspreise um über 40 Prozent hinter den vergleichbaren Handwerkerpreisen zurückgeblieben, 20.000 Arbeitsplätze wurden vernichtet, die Anzahl der Ausbildungsplätze wurde halbiert.

Gestiegen sind hingegen die Aufwandentschädigungen der Innungsfunktionäre. Auf den Konten der Krankenkassen sind inzwischen weit über 27 Milliarden Euro gebunkert und die IG-Metall fordert für ihre Mitglieder unter Streikandrohung regelmäßig Lohnerhöhungen von über 5 Prozent.

Lachgas

Großes Nato-Manöver. Ein LKW bleibt im Morast stecken. Glück im Unglück: Ein Jeep mit vier Offizieren stoppt, und gemeinsam wird das Fahrzeug wieder flottgemacht. „Mann war das schwer“, stöhnt anschließend einer der Offiziere, „was haben Sie denn bloß geladen?“

„26 Rekruten.“

Korruption muss bestraft werden

von Dr. Wolfgang Wodarg, Vorstandsmitglied von Transparency International

„Die hohe Akzeptanz unseres solidarischen Systems beruht auf dem Vertrauen in einen gesetzeskonformen Einsatz seiner Mittel. Immerhin handelt es sich um etwa 200 Milliarden Euro, die als öffentliche Beiträge und Steuern von der Bevölkerung hierfür als Gemeingut aufgebracht werden.

Wenn sich Vertragspartner in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch private Nebenabsprachen persönlich bereichern, so ist das Korruption und muss strafrechtlich geahndet werden.

Nur dann ist auch bei begründetem Verdacht eine angemessene Beweisaufnahme möglich. Das Strafrecht schafft Klarheit über Verbotenes und über den Umgang mit Tätern und sorgt damit auch für mehr Transparenz und Vertrauen bei allen Beteiligten.

Transparency International hat einen Vorschlag gemacht, der nicht nur Gesundheitsberufe, sondern auch deren Manager ggf. strafbar macht. Transparency schlägt vor, die Vertragspartner in der GKV nach dem Verpflichtungsgesetz zu verpflichten, um sie damit als Sachwalter öffentlicher Ressourcen



Dr. Wolfgang Wodarg

cen automatisch als Amtsträger strafbar zu machen.

Getrennt davon sollte überlegt werden, wie auch die privatrechtliche Beziehung zwischen Freiberuflern und ihren Kunden (Patienten) strafrechtlich zu schützen ist. Heilberufler haben neben einer treuhänderischen Verpflichtung für den Einsatz öffentlicher GKV-Mittel auch gleichzeitig fast immer eine Verpflichtung als Vertragspartner ihrer Patienten. Durch die genannte zweispurige Regelung könnten sowohl die Rechte der Patienten, wie auch das Gemeingut unseres Solidarsystems rechtsklar und damit wirksam gegen Korruption geschützt werden.“



Jahreshauptversammlung

Schon seit langem hat der FVZL die politische Führung des Zahntechnikerhandwerks in Deutschland übernommen.

Seine Jahreshauptversammlung 2013 wird der FVZL am Samstag, dem 19. Oktober 2013 von 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr wie in den letzten Jahren wieder im Kastens Hotel Luisenhof, Hannover, durchführen.

Am Tag zuvor ab 16.00 Uhr wird der erweiterte Bundesvorstand tagen, abends treffen sich die FVZL-Mitglieder zu einem gemeinsamen Essen. Einer der wichtigsten Themen dieser HV wird die Reaktion des Verbandes auf den Ausgang der Bundestagswahl sein.

Nach einer Studie des Sparkassen- und Giroverbandes gibt es in Deutschland etwa 2.000 Dental-Laboratorien, die sich durch Größe und wirtschaftliche Potenz von den individuellen Kleinlabors abheben.

Wir appellieren diesmal eindringlich an die Inhaber dieser erfolgreichen Laboratorien: Wenn Sie Ihr Lebenswerk vor Planwirtschaft und staatlicher Reglementierung schützen wollen, werden Sie Mitglied im FVZL!

Setzen Sie sich gemeinsam mit uns für die Freiheit, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung der Zahntechnik in Deutschland ein.

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Klaus Kanter 90 Jahre alt

Der Frankfurter Zahntechnikermeister Klaus Kanter war der erste Obermeister und spätere VDZI-Präsident, der die Einbindung des Zahntechnikerhandwerks in die RVO (heute SGB V) als Fehler bezeichnete.

Anlässlich seines 90. Geburtstages empfing Klaus Kanter (Foto rechts) den FVZL-Bundesvorsitzenden Herbert Stolle in seinem Frankfurter Privathaus.

Es wurde ein langes und harmonisches Gespräch unter Gleichgesinnten, die nicht nur Erinnerungen austauschten, sondern sich ebenso einvernehmlich über die Zukunft eines „Freien Zahn-technikerhandwerks“ verständigen konnten.



Aussage des ehemaligen VDZI-Präsidenten Klaus Kanter anlässlich des 25. FVZL-Verbandsjubiläums 2007: „Wenn man von Menschen Pflichten fordert und ihnen keine Rechte zugestehen will, ist das Missbrauch der staatlichen Gewalt.“

IMPRESSUM

DER STURMVOGEL

Herausgeber:

Freier Verband Zahn technischer Laboratorien e.V.
Neue Reihe 33 · 27472 Cuxhaven
Tel. 047 21/5544 11 · Fax 047 21/5544 12
E-Mail: info@fvzl.de · Internet: www.fvzl.de

Redaktion:

ZTM. Herbert Stolle, Chefredakteur, V.i.S.d.P.
Internet: www.herbert-stolle.de

Sekretariat: Bianca Kreßler

Tel.-Kontakt: wochentags von 9.00 – 12.00 Uhr

Druck:

Druckerei Wöbber
Cuxhavener Straße 35 · 27476 Cuxhaven
Tel. 047 21/6660 80-0 · Fax 047 21/6660 80-17
E-Mail: info@woebber.de · www.woebber.de

Auflage: 6.000 Stück

Erscheinungsweise:

vierteljährlich, am Beginn jedes Quartals

Bezugspreise:

Für FVZL-Mitglieder durch den Beitrag abgegolten.
Nichtmitglieder erhalten das Jahresabonnement zu 20,- Euro. Einzelpreis inkl. Versandkosten = 10,- Euro.
Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer.

FVZL · Neue Reihe 33 · 27472 Cuxhaven

Deutsche Post 
INFOPOST 



Innovation macht den Unterschied

Ein strahlendes Lächeln dank gesunder Zähne. Tagtäglich setzen wir uns dafür ein, dieses Ziel zu erreichen. Es inspiriert uns dazu, stets nach innovativen, wirtschaftlichen und ästhetischen Lösungen zu suchen. Für die direkte Füllungstherapie ebenso wie für die indirekte, festsitzende oder abnehmbare Versorgung. Damit Sie mit hochwertigen Produkten die Menschen zum Lächeln bringen.

www.ivoclarvivadent.de

Ivoclar Vivadent GmbH

Dr. Adolf-Schneider-Str. 2 | 73479 Ellwangen, Jagst | Deutschland | Tel. +49 (0) 79 61 / 8 89-0 | Fax +49 (0) 79 61 / 63 26


ivoclar
vivadent®
passion vision innovation